

Medienmitteilung

Resultate Abstimmungsmarathon vom 05.06.2016

Abstimmungsergebnisse ganz im Sinne der BDP

Die BDP stellt mit Freude fest, dass die Baselbieter Bevölkerung ganz im Sinne der unabhängigen und bürgerlichen BDP abgestimmt hat. Erneut kann die BDP zufrieden sein, dass sie den Puls des Volkes richtig fühlt und somit seit sechs Jahren nah am Volk politisiert. Wir sind gekommen, um zu bleiben!

Nationale Vorlagen

Mit zweimal „JA“ und dreimal „NEIN“ hat das Volk heute bei den nationalen Vorlagen zu 100% im Sinne der BDP entschieden.

Die Annahme der Asylgesetzrevision ermöglicht schnellere und faire Verfahren. Das JA zum revidierten Fortpflanzungsmedizinergesetz widerspiegelt die fortschrittliche Haltung der Mehrheit. Ebenfalls ein wichtiges Signal ist das NEIN zur Mogelpackung Service Public, welche eine flächendeckende Grundversorgung gefährdet hätte. Die Ablehnung der Milchkuhinitiative verhindert ein Milliardenloch in der Bundeskasse. Keine Chance hatte erwartungsgemäss das bedingungslose Grundeinkommen, welches das Erfolgsmodell Schweiz in Frage gestellt hätte.

Volksinitiative „Pro Service Public“	NEIN
Volksinitiative „Für ein garantiertes Grundeinkommen“	NEIN
Volksinitiative „Für eine faire Verkehrsfinanzierung“	NEIN
Änderung des Bundesgesetzes über die medizinisch unterstützende Fortpflanzung	JA
Änderung des Asylgesetzes (AsylG)	JA

Kantonale Vorlagen

Mit viermal „JA“ und zweimal „NEIN“ hat das Volk heute bei den kantonalen Vorlagen zu 83% im Sinne der BDP entschieden.

Die deutliche Zustimmung zur Sanierung der Pensionskasse der Universität Basel ist fantastisch. Damit steht dem 80 Millionen Deal nichts im Wege und das Baselbiet bekennt sich somit weiterhin dazu, Trägerkanton der Universität Basel zu sein. Auch freut die BDP, dass das Stimmvolk der Politisierung der Bildung eine Abfuhr erteilt hat und die Kompetenz über die Entscheidung der Lehrpläne weiterhin beim Bildungsrat bleibt. Auch die Beibehaltung der Bildung für schulisch Schwächere ist der richtige Weg. Die Annahme der Änderung des Gerichtsorganisationsgesetzes ist ebenfalls richtig, um die Unabhängigkeit der Justiz besser zu garantieren. Über die Ablehnung der familienergänzenden Kinderbetreuung ist die BDP froh, denn so können die Gemeinden weiterhin föderalistisch über bedarfsgerechte Betreuungsangebote selber entschieden.

Die knappe Annahme des Verzichts auf kostentreibende Sammelfächer nimmt die BDP jedoch mit Sorge zur Kenntnis. Die BDP nimmt die Kritik an den Sammelfächern ernst und teilt diese auch. Die BDP war aber der Meinung, dass die starre Festsetzung der Einzelfächer im Gesetz der falsche Weg ist. Es ist nun Aufgabe der Regierung Baselland, zu verhindern, dass der Kanton Baselland mit diesem Alleingang in der Nordwestschweiz nicht zur Bildungsinsel wird und die Kosten im Bildungsbereich noch weiter steigen.

Initiative „Bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung“	NEIN
Änderung Bildungsgesetz „Einführung Lehrplan 21“	NEIN
Änderung Bildungsgesetz „Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer“	JA
Änderung Gerichtsorganisationsgesetz	JA
Umsetzung der Pensionskassengesetz (PKG)-Reform Universität Basel	JA
Änderung Bildungsgesetz, Initiative „Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere“	JA

Liestal, 05.06.2016

BDP Basel-Landschaft

Marc Bürgi
Präsident
079 750 67 62

Marie-Therese Müller
Vizepräsidentin CVP/BDP-Fraktion
079 380 45 43